



Der Freiheits- kämpfer

Organ der Kämpfer für
Österreichs Freiheit

73. Jahrgang – Nr. 71 – April 2024

60 Jahre Dokumentationsarchiv

Die Mythen des 12. Februar 1934

115 Jahre Simon Wiesenthal

Großer Bildbericht von Februar-Feiern

KURIER

Donnerstag
13. Februar 1964

ÖSTERREICH'S GRÖSSTE TAGESZEITUNG / UNABHÄNGIG, ÜBERPARTEILICH

Redaktion Tel. 93 35 18
P. b. b. Verlagspostamt 62

Anzeigen Tel. 93 47 15
K

Vertrieb Tel. 93 46 11
Erscheinungsort Wien

Handschlag am Grab der Feber-Opfer

Bundespräsident Schräf
„Die Kräfte vereinen“

Bundeskanzler Gorbach
„Mut zur Selbstkritik“

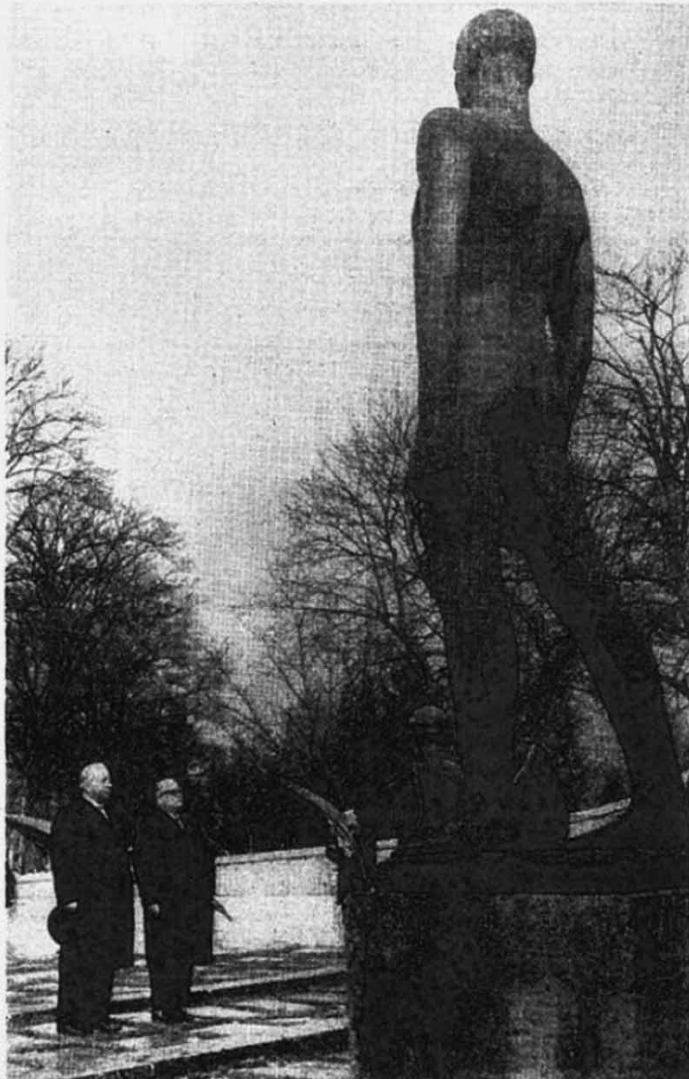
Vizekanzler Pittermann
„Aus Irrtümern lernen“

Wien (Eigenbericht). Der gestrige 12. Februar wurde in ganz Österreich zu einem ergreifenden, gemeinsamen und veröhnlichen Gedenktag an die verhängnisvollen Ereignisse des Jahres 1934. Die schaffende Bevölkerung legte zwischen 11.55 und 12 Uhr die vereinbarte Arbeitspause ein, während Bundespräsident Dr. Schräf über Rundfunk und Fernsehen eine kurze Gedenksprache hielt. Schlichte, aber von vielen Tausenden verfolgte Feiern auf dem Heldenplatz und auf dem Zentralriedhof gaben Österreichs führenden Politikern Gelegenheit, an die Fehler der Vergangenheit zu erinnern und daraus für die Zukunft die Lehren zu ziehen.

Besondere Bewegung rief die Gedenkstunde auf dem Zentralriedhof hervor, wo sich – ebenso wie kurz vorher auf dem Heldenplatz – die Bundesregierung zu einer Kranzniederlegung für die 311 Bürgerkriegsopfer des 12. Februar 1934 versammelt hatte: Nach der Gedenkrede des Vizekanzlers fanden sich Dr. Gorbach und Dr. Pittermann zu einem ernstem, symbolischen Händedruck, in dem aussagegesprochen das Versprechen lag, künftighin den Weg des gegenseitigen Verständnisses jedem folgenschweren Ideen-

erlebt, in der die deutschen Abgeordneten des alten österreichischen Parlaments voll des Vertrauens in die Zukunft zunächst einstimmig zusammenarbeiteten“, begann Dr. Schräf seinen kurzen geschichtlichen Rückblick.

„Die Zusammenarbeit dauerte jedoch nicht lange“, sagte der Präsident. „Keine der größeren Parteien wollte damals auf die Verantwortlichkeit ihrer besonderen Vorstellungen verzichten. Die starke Sozialdemokratische Partei blieb von einer entscheidenden Mißbestimmung



Vereint im Gedenken: Gorbach und Pittermann gestern vor den Gräbern der Opfer des 12. Februar 1934
Kurier-Photo: Fritz Klinsky



Worte des Chefredakteurs

Das Jahr 2024 steht im Zeichen zahlreicher Gedenkveranstaltungen zum „Bürgerkriegsjahr“ 1934, ein „Bürgerkrieg“, der eigentlich keiner war. Der Theologe und Historiker Gerhard Hartmann stellte uns dankenswerterweise einen Artikel zur Verfügung, ursprünglich erschienen in der Jänner-Ausgabe der „Academia“, in dem er die Mythen um den 12. Februar 1934 durchleuchtet und analysiert. Ich bin nun auf die Veranstaltungen im Juli dieses Jahres gespannt – ob wir, wie 1942 in 17 Staaten der USA, einen „Austrian Day“ in Erinnerung an Österreichs Abwehrerfolg 1934 feiern werden? 1942 hatte bei diesen Feierlichkeiten der US Senator Claude Pepper erklärt: *„Und mit glänzenden Buchstaben wird es in der Weltgeschichte verzeichnet stehen, dass das abgeklärte alte Österreich das erste Blutopfer brachte, um den Vormarsch der Bestie [Hitler] zu dämmen.“*

Mir, als gebürtigem Linzer, ist es schleierhaft, wieso bis heute in Linz ein Platz nach einem Richard Bernaschek benannt ist: Einem Mann, der wiederholt die „Wiener jüdische Führung“ der Sozialdemokraten kritisierte, seine Genossen zum bewaffneten Kampf aufrief aber sich selbst mit der Waffe in der Hand wenig heroisch widerstandslos festnehmen ließ und schließlich nach seiner Flucht in das nationalsozialistische Deutschland verkündete: *„Das Programm der Nationalsozialisten steht uns näher“*. Dass der oberösterreichische Gauleiter Eigruher nach dem Anschluss seine Rückkehr in die „Ostmark“ ermöglichen, schlussendlich aber auch für seine Ermordung die Verantwortung tragen sollte, ist eine Tragik der Geschichte. Nichtsdestotrotz würde ich mir, im Zuge aktueller Diskussionen um Umbenennungen von Straßen, Ringen und Plätzen, der Entfernung oder „Veränderung“ von Denkmälern etc. wünschen, auch am Linzer Bernaschek Platz ein kleines Taferl zu finden, das seine zumindest kontroversielle politische Rolle etwas näher erläutert...

Hinweisen darf ich auf die „Zeitpunkte“ der Stadt Innsbruck, die seit Jahresbeginn für in der NS-Herrschaft ermordete Menschen gesetzt werden. Hier wird ein neuer, sehr interessanter Weg der Erinnerungsdarstellung gewählt, näheres dazu ausführlich im Blattinneren.

Euer Mario Strigl

Und er hat es wieder gesagt

Seit etwa 25 Jahren hat es sich bei Journalisten, TV und anderen Medien als auch bei Spitzenpolitikern eingebürgert, in Verbindung mit dem Holocaust wiederholt von einer „Mitschuld Österreichs“ zu sprechen.

Ohne die verbrecherischen Handlungen vieler unserer Landsleute während der Okkupation unseres Landes durch das nationalsozialistische Deutschland zwischen 1938 und 1945 auch nur im Geringsten beschönigen zu wollen, ist es dringend geboten, dass speziell bei Auslandsauftritten unserer politischen Repräsentanten Realität in deren Bewusstsein eintritt: Denn unser Land hat spätestens mit der Volksabstimmung im April 1938 zu bestehen aufgehört, alle Verbrechen ehemaliger Österreicher wurden als (groß-)deutsche Staatsbürger verübt!

Wir erwarten daher von allen politischen Repräsentanten unseres Landes, dass sie bei ihren Reden, vor allem vor jüdischem Publikum, diese Tatsache beachten und in ihren Ansprachen darauf hinweisen. Wie aus den Tageszeitungen vom 11. März 2024 ersichtlich, hat unser geschätzter Bundespräsident Dr. Alexander Van der Bellen bei der Eröffnung des neuerrichteten Holocaust Museums in Amsterdam darauf zum wiederholten Male vergessen. In Amsterdam nahm er u.a. Bezug auf den in Altösterreich (Mähren) geborenen Arthur Seyß-Inquart, der seit 1937 Mitglied des österreichischen Staatsrates war und auf Druck Adolf Hitlers in Berchtesgaden im Februar 1938 Innen- und Sicherheitsminister wurde. Nach dem Rücktritt Kurt Schuschniggs war er für zwei Tage österreichischer Bundeskanzler, nach dem Rücktritt von Wilhelm Miklas auch noch wenige Stunden österreichischer Bundespräsident, und unterschrieb als dieser das „Anschlussgesetz“,



Dr. Norbert Kastelic

mit dem der Staat Österreich zu bestehen

aufhörte, und auch Seyß-Inquart deutscher Staatsbürger wurde.

Somit wurde Seyß-Inquart am 18. Mai 1940 als Deutscher zum Reichskommissar für die Niederlande ernannt und übte unbarmherzigen Terror zur Unterdrückung allen Widerstandes gegen die deutsche Besatzung aus, ein Programm, das er selbst als ‚Vernichtung‘ der Gegner bezeichnete. Im Nürnberger Prozess wurde er für die Planung, Entfesselung und Durchführung eines Angriffskrieges, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gesprochen und 1946 stranguliert. So wie ihn gab es nicht wenige deutsche Soldaten und Politiker, die im 3. Reich schuldhaft für grauenhafte Kriegsverbrechen verantwortlich waren, doch vertraten sie das von ihnen verhasste und bekämpfte Österreich?

Winston Churchill sagte am 10. Februar 1942: *„Wir werden auf unserer Insel niemals vergessen, dass Österreich das erste Opfer der Naziaggression war.“* Der Mitverantwortungsthese, d.h. die Verantwortung Österreichs für die Teilnahme am 2. Weltkrieg an der Seite des nationalsozialistischen Deutschlands, fehlt ein konkreter, für Österreich als Staat handelnder Täter. Dass unser Bundespräsident Van der Bellen den Verbrecher Seyß-Inquart in seiner Rede und der Übergabe von € 400.000,- Bausachspende für das Jüdische Museum in Amsterdam mit unserer Republik Österreich in Verbindung bringt und damit eine Mitschuld am Holocaust impliziert, betrachten wir als schweres Foul an unseren Staat, den er eigentlich im positiven Sinne repräsentieren sollte.

NK ■ (überarbeitet MS)

60 Jahr Feier des Dokumentationsarchives des österreichischen Widerstandes

Die Gedenkveranstaltung fand sehr gut vorbereitet von 10. bis 12. Jänner 2024 in Wien statt. Wir erinnern an die Gründung dieser wertvollen Organisation durch den, während des Krieges nach England emigrierten, Prof. Dr. Herbert Steiner, einem aufrechten österreichischen Patrioten, der 1955 sofort nach dem Abzug der Alliierten daran arbeitete, alle jene Kräfte in unserem Land zu sammeln, welche während der Besetzung durch das nationalsozialistische Deutschland von 1938-1945 politischen Widerstand geleistet hatten und dafür schwerste Opfer bis hin zum Tode erleiden mussten. Alle damals aktiven politischen Parteien, mit Ausnahme des VdU, waren bei dieser Neugründung mit ihren wesentlichen Repräsentanten in allen Funktionen des DÖW vertreten. Viele davon zählten auch zu den vormals Verfolgten und Inhaftierten. Als Trägerorganisation traten der KZ Verband, der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und unsere ÖVP Kameradschaft in Erscheinung. Wäh-

Fotos: IMAGO/Andreas Strich



Alexander Van der Bellen

rend der ersten Jahre nach der Gründung wurden fast ausschließlich die Geschichte und die im politischen Widerstand tätigen Menschen quer durch die Parteien behandelt, und man begann, ein hervorragendes Dokumentationsarchiv aufzubauen.

Nach dem allmählichen Aussterben der wegen ihrer politischen Einstellung verfolgten Personen wurde die Tätigkeit des DÖW nach und nach auch auf die Opfer des nationalsozialistischen Regimes ausgeweitet (Juden, Roma,

Sinti, homosexuelle und sogenannte queere Personen), was nicht unbedingt zur unbeschränkten Freude jener führte, zu deren Gedenken das DÖW eigentlich gegründet worden war.

Die Feierlichkeiten begannen mit einem Empfang des Wiener Bürgermeisters Michael Ludwig und dessen beeindruckender Rede im Wappensaal des Wiener Rathauses, gefolgt von Ansprachen des Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen und des Unterrichtsministers Martin Polaschek als Vertreter der Bundesregierung. Erwähnt sei, dass sowohl die österreichische Regierung als auch die Stadt Wien seit der Gründung des Dokumentationsarchivs als dessen wesentliche Förderer von Beginn an aufgetreten sind.

Die folgenden Tage Jänner beinhalten ein beeindruckendes Symposium

mit namhaften Referenten der wissenschaftlichen Forschung aus dem In- und Ausland, die viele Facetten und Themen des Widerstandes aufzeigten. Der Abschluss erfolgte durch eine interessante Filmdokumentation über 60 Jahre DÖW, gestaltet vom ORF und Pammer-Film. Als Teilnehmer an der gesamten Veranstaltung kann ich jedoch nicht verschweigen, dass die Überbetonung der Homosexuellenzene während der NS-Zeit einen schalen Beigeschmack hinterlässt und im Widerspruch zum Gründungsgedanken des DÖW steht. Was hat Widerstand mit einem Vortrag mit dem Titel „Auch der Hitler kann mich am Arsch lecken“ zu tun, gehalten von Hannes Sulzenbacher, dem Co-Leiter des Zentrums QWien – Zentrum für queere Geschichte? Warum Sulzenbacher und somit auch das gesamte Homo und Lesben Zentrum so nebenbei auch mit der Gestaltung der indiskutablen Ausstellung im Österreich Pavillon in Auschwitz beauftragt worden ist, ist schlichtweg ein Skandal. Angeblich hatte QWien das Offert des DÖW finanziell unterboten – wer trägt die Verantwortung dafür? Wofür wurde das DÖW dann überhaupt gegründet?

Davon unabhängig muss jedenfalls der Leitung des DÖW für diese großteils organisatorisch gelungene und interessante Veranstaltung unser Dank und Anerkennung ausgesprochen werden.

NK ■ (überarbeitet MS)



Gedenkmesse in der Michaelerkirche am 12. März 2024

Traditionell wurde auch heuer am 12. März die Gedenkmesse für alle Opfer des politischen Widerstandes gefeiert. Alle waren überrascht von der anschaulichen Teilnehmerzahl von nahezu 60 Personen. Eine erhebliche Aufwertung erfährt diese heilige Messe seit Jahren besonders durch die nahezu komplette Teilnahme der ÖVP Bezirksräte des 1. Wiener Gemeindebezirkes unter Führung unseres Obmann-Stellver-

treters Bezirksvorsteher MMag. Markus Figl. Alle Anwesenden gedenken bei der Messfeier und der anschließenden Kranzniederlegung in der Turmkapelle der nahezu 300 Opfer, die am Albertinaplatz nach der Bombardierung der Oper und des Hotels Philipshofes am 12. März 1945 zu Tode gekommen sind.

Dieser Märztag war aus unserer Retrospektive nicht nur der bislang folgenschwerste, sondern auch der rücksichtsloseste

der amerikanischen Luftwaffe, die hauptsächlich Innenstadthäuser bombardierte. Dabei wurde die Gegend um den Albertinaplatz nahezu ganz zerstört. Hauptbetroffen war der Philipp-Hof, der in sich zusammenbrach. Die Löscharbeiten zogen sich bis Ende März, da immer wieder Glutherde aufflammten und durch die starke Feuerentwicklung das Löschwasser zu sieden begann. Von etwa 300 Menschen, die

sich dort verschanzt hatten, überlebten nur 36 – ein Teil erstickte in den Trümmern, der andere Teil wurde im siedenden Löschwasser gekocht.

Bei den Aufräumarbeiten wurden nur 180 Leichen geborgen. Es wurde daher beschlossen, den Platz, nachdem die letzten Trümmer Ende 1947 abgetragen waren, im Gedenken an die Toten nicht mehr zu verbauen.

NK ■ (überarbeitet MS)

Gemeinsame Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft der NS-Opferverbände und Widerstandskämpfer/innen

Am Freitag dem 15. März 2024 fanden die jährlichen Gedenkundgebungen zum Jahrestag der Annexion Österreichs statt.

Am Morgen trugen im Amtshaus Floridsdorf Schülerinnen und Schüler des GRG 21 Bertha von Suttner – Schulschiff vor, danach war in der Weihestätte im Landesgericht Wien das Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium Radetzkystraße vertreten, und abschließend in

der Gedenkstätte für die Opfer der Gestapo in der Saltorgasse / Denkmal auf dem Morzinplatz das Döblinger Gymnasium (G19).

Es war höchsterfreulich, dass eine überaus große Zahl an Schülerinnen und Schülern teilgenommen haben, wir wollen uns bei diesen engagierten Jugendlichen und deren Professoren für die wirklich interessanten Vorträge sehr herzlich bedanken.

NK ■ (überarbeitet MS)



Amtshaus Floridsdorf



Landesgericht Wien

Fotos: Ulrike Garscha



Gedenkstätte in der Saltorgasse



Rede von der Kranzniederlegung am 27.1.2024

Liebe Ehrengäste,
liebe Kameradinnen und Kameraden,
sehr geehrte Damen und Herren!

Grüß Gott,
mein Name ist Clemens Hornich und möchte Sie, anlässlich des Internationalen Tages des Holocaust, heute am 27. Jänner im Namen der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich zum Gedenken bei der Gedenkstätte beim ehemaligen Arbeitserziehungslager Reichenau, welches 1941 errichtet wurde, begrüßen!

Das Lager Reichenau in Innsbruck wurde im Auftrag des Reichssicherheitshauptamtes Berlin in Zusammenarbeit mit dem Landesarbeitsamt Innsbruck errichtet. Bis zum Sommer 1942 diente es als Auffanglager für italienische Zivilarbeiter. Ab 1943 diente das Lager auch als Durchgangslager für Juden aus Norditalien auf dem Weg ihrer Deportation. In dem Lager wurden die Menschen brutal behandelt. Mehr als 100 Menschen starben in diesem Lager. Diese Veranstaltung soll deshalb ganz unter dem Motto „In Gedanken und niemals vergessen!“ stehen.

Ich möchte mich bei allen Anwesenden für Ihre Anteilnahme bei dieser Kundgebung bedanken!

Aber es freut mich ganz besonders, dass wir wieder mit den Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und gemeinsam mit der Stadt Innsbruck und dem Land Tirol dieses wichtige Gedenken ausrichten können.

Danke!

Clemens Hornich ■

(v.l.n.r.) Clemens Hornich, Staatssekretär Florian Tursky, Wolfgang Grünzweig, Landesrätin Eva Pawlata, Präsident Günter Lieder, Bürgermeister Georg Willi, Landeshauptmann Anton Mattle bei der Kranzniederlegung

Haslach (Be-)Denken

2014 brachten wir in unserem „Freiheitskämpfer“ einen umfangreichen Bericht über die Errichtung einer Gedenktafel für die in Hartheim ermordeten Einwohner von Haslach an der Mühl in Oberösterreich. Einer der Initiatoren, der aus Haslach stammende Prof. Peter Paul Wiplinger, veröffentlichte vor kurzem ein Werk über Haslach, das vor allem die Rolle der Gemeinde und der Bewohner im Zweiten Weltkrieg beleuchtet. Sein Vater Max Wiplinger war bis zum Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich Bürgermeister von Haslach, wurde abgesetzt und 1945 von der russischen Besatzungsmacht wieder als Bürgermeister eingesetzt. Bei der sogenannten „Volksabstimmung“ am 10. April 1938 hatten er und seine Ehefrau als Einzige im Ort mit Nein gestimmt, er wurde später aufgrund einer Denunziation verhaftet und musste sich monatelang in Urfahr eine Zelle mit einem Mörder teilen.

Peter Paul Wiplinger ist Schriftsteller, Fotograf und unliebsamer Chronist. In dicken Ordnern verwahrt er die Ergebnisse jahrzehntelanger Forschung, historische Materialien, unzählige Fotos. Und er beschäftigt sich unermüdlich mit seinem Heimatort Haslach an der Mühl. Die Vergangenheit ruhen lassen kommt für ihn nicht infrage, eine Erinnerungs- und Gedenkkultur in Haslach zu etablieren sein Ziel – sein Buch ist ein weiterer Mosaikstein seiner Bemühungen.



Peter Paul Wiplinger:
„Haslach (Be-)Denken“
€ 20,- / 216 S.
Edition Tarantel, Wien 2023.
Bestellbar unter:
tarantel-wien@gmx.at

MS ■

Gerhard Hartmann

Die Mythen des 12. Februar 1934

Kaum ein Datum der Geschichte Österreichs der letzten hundert Jahre hat für derart intensive Kontroversen gesorgt, als Teile des sozialdemokratischen Republikanischen Schutzbundes an diesem Tag mit einem bewaffneten Aufstand begonnen hatten. Vor allem nach 1945 bezeichnet sich die Sozialdemokratie als Opfer des „Bürgerkriegs 1934“, und der SPÖ-Historiker (und bekennende Katholik) Norbert Leser nannte 1968 den 12. Februar ein „Heldenepos“. Rund drei Generationen später ist es angebracht, den dieses Datum umrankenden Mythen nachzugehen.

Zu Beginn des Jahres 1934 galt in Österreich noch formell die Bundesverfassung 1920/29. Allerdings hatte sich der Nationalrat selbst ausgeschaltet und in der Folge auch der Verfassungsgerichtshof. Aber es gab noch weiterhin den Bundesrat und funktionierende Landesregierungen sowie Landtage. An der sich ab 1932 abzeichnenden Dreiteilung der politischen Lager – Christlich-soziale, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten – hat sich nichts geändert. Auch wenn seit April 1933 keine Wahlen mehr stattgefunden haben, und es damals keine mit heute vergleichbare Meinungsforschung gab, kann man davon ausgehen, dass die Nationalsozialisten inzwischen das relativ stärkste Lager geworden sind.

Für die Regierung Dollfuß war daher die Konfrontation mit der Sozialdemokratie zweitrangig geworden. Und sie hat bewusst auf die Errichtung eines autoritären Systems hingearbeitet, wie Bundeskanzler Engelbert Dollfuß bereits bei seiner Rede auf dem Trabrennplatz am 11. September 1933 angekündigt hatte. Die Sozialdemokratie befand sich Anfang 1934 in einer ausweglosen Situation, die am 12. Februar 1934 zu einer „Explosion des Pulverfasses“ führte. Nach Helmut Wohnout

hat aber das für die Regierung wie die Eröffnung einer „zweiten Front“ gewirkt.

Versuchen wir daher, den Mythen um diesen 12. Februar 1934 sowie zufälligerweise auch 2024 der Faschingsmontag fiel. Die „Reichspost“ schrieb daher am 13. Februar 1934 von einer „roten Fastnacht“. Einer dieser Mythen ist die Frage, ob die Konfrontation seitens der Regierung für diesen konkreten Tag bewusst herbeigeführt wurde. Äußerungen des Heimwehrführers Emil Fey sowie Tage zuvor vorgenommene Hausdurchsuchungen nach Waffen könnten in diese Richtung weisen. Dagegen spricht aber, dass an diesem Tag die Bundesregierung in der Früh im Stephansdom zur Messe anlässlich des Krönungsjahrestages von Papst Pius XI. erschienen ist. Hätte man so etwas „von oben“ geplant, dann wäre man aus Sicherheitsgründen wohl nicht dort korporativ aufgetreten.

Ein weiterer Mythos ist die Benennung der Februar-Ereignisse als einen Bürgerkrieg. Das waren aber diese nicht, ein Bürgerkrieg war der ab 1936 in Spanien. In Österreich haben Teile des inzwischen verbotenen Republikanischen Schutzbunds aus einer für sie als aussichtslos



Republikanischer Schutzbund Wien

wahrgenommenen Situation heraus Aufstandsaktionen begonnen. Ein Bürgerkrieg in Österreich wäre dann gegeben gewesen, wenn die Weinviertler gegen die Waldviertler zu Felde gezogen wären, um dieses groteske Beispiel heranzuziehen. Oder wenn es tatsächlich einen flächendeckenden Generalstreik, begleitet von breit gestreuten Gewaltaktionen, gegeben hätte. Stefan Zweig schrieb dazu in seiner Autobiographie „Die Welt von gestern“: „Ich war an diesen drei Tagen in Wien. Aber da ich ehrlicher Zeuge sein will, muß ich das zunächst paradox scheinende Faktum bekennen, daß ich von dieser Revolution selbst nicht das mindeste gesehen habe.“

Ein anderer Mythos ist die von der Sozialdemokratie vorgenommene Stilisierung, man habe für die Demokratie gekämpft. In Gedenkreden und

auf Gedenktafeln ist davon oft die Rede. Aber war das Ziel dieses Aufstands wirklich die Wiederherstellung der vollen Geltung der österreichischen Bundesverfassung? Davon ist bei den Äußerungen der Aufständischen nicht die Rede. In einem Aufruf am 12. Februar 1934 heißt es u. a.: „Nun gilt der Endkampf gegen Dollfuß und seine Faschisten! Der Endkampf gegen Kapitalismus. Es lebe der Sozialismus!“ Auch Richard Bernaschek, dem unmittelbaren Auslöser des Februaraufstandes, ging es nicht um die Wiederherstellung der parlamentarischen Demokratie: „Nicht im Kampf um die Demokratie, sondern im Kampf um den Sozialismus werden wir die entschlossenste Gefolgschaft finden. Unser Programm kann nicht lauten: Wiederherstellung des Parlaments. Das begeistert nicht einen einzigen Arbeiter.“



Der Mythos vom „Arbeiter-Mörder Dollfuß“ ist ein verbreitetes Schlagwort. Damit ist die Tragik der nach dem 12. Februar hingerichteten Schutzbund-Aufständischen gemeint, von denen jeder einzelne zu viel war. Zweifelsohne haben diese den Tatbestand des Aufruhrs nach § 73 des damaligen Strafgesetzes erfüllt. Aufgrund des in Abwehr des Nationalsozialismus bereits im Herbst 1933 in Anwendung gebrachten Standrechts gemäß der damaligen Strafprozessordnung stand darauf die Todesstrafe. Die Richter konnten daher zu keinem anderen Ergebnis kommen. Der Bundespräsident konnte zwar begnadigen, allerdings musste das vom Justizminister beantragt werden. Der war damals Kurt Schuschnigg, der vom Wiener Erzbischof Theodor Kardinal Innitzer darum gebeten wurde – allerdings zum Teil vergebens.



Foto: ÖNB Bildarchiv

Obergeschoß des Hotel Schiff auf der Linzer Landstraße – der erschossene MG-Schütze Rudolf Kunst

Damit eng zusammen hängt der heroisierende Mythos über die Hinrichtung des angeblich mit der Bahre zum Galgen gebrachten verwundeten Karl Münichreiter. In einem authentischen Bericht des Gefängnis-pfarrers am Wiener Landesgerichts Eduard Köck steht: „Ging, eine Zigarette rauchend, seelenruhig aus der Armesünderzelle zur Richtstätte.“

Vom Historiker Kurt Bauer wurden insgesamt 357 Todesopfer namentlich ermittelt. Von diesen sind 111 den Aufständischen, 112 der Exekutive und 134 den sog. Nicht-Kombattanten zuzurechnen. Diese sind mehr oder minder aus Versehen „zwischen die Fronten“ geraten. Die besondere Tragik dieser Ereignisse lag unzweifelhaft bei diesen unteiligten Opfern.

Zu den polithistorischen Kontroversen um den 12. Februar stellte 1993 der Grazer Kirchenhistoriker Maximilian Liebmann fest: „Solange es Straßen, Gassen und Plätze gibt, die nach Richard Bernaschek und Kolo-man Wallisch benannt sind, aber keine nach Engelbert Dollfuß, ist Wesentliches an Österreichs jüngerer Geschichte nicht aufgearbeitet, sondern bloß ideolo-

gisch instrumentalisiert.“ In diesem Zusammenhang wäre es trotz seines tragischen Endes angebracht, sich mit dem steirischen Schutzbundführer Wallisch zu beschäftigen, und zwar über seine nicht allzu zimperliche Rolle in der ungarischen Rätediktatur nach 1918 unter Béla Kun. Dazu braucht man nur die österreichischen Zeitungen vom 18. Dezember 1929 aufzuschlagen. In diesen wird über ein Gerichtsverfahren in Graz berichtet, in dem Beweise vorgebracht wurden, wonach Wallisch als Vorsitzender eines „Revolutionstribunals“ Todesurteile gefällt hat.

Im Februar 1964 kam es zwischen dem damaligen Bundeskanzler Alfons Gorbach und dem SPÖ-Vizekanzler Bruno Pittermann an den Gräbern der Februar-Kämpfer auf dem Wiener Zentralfriedhof zu einer Versöhnungsgeste, als sie sich die Hände gaben. Doch von dieser ist leider bei den folgenden runden Gedenktagen nicht viel übriggeblieben. Allerdings war die Gedenkveranstaltung am 12. Februar 2004 im Parlament beachtenswert, bei der versucht wurde, eine gemeinsame Betrachtung zu finden. Jungsozialisten entfalteten hingegen am

Ring ein Transparent: „Wie wird man ÖVP-Patriot? Demokratie abschaffen, ArbeiterInnen ermorden, Diktatur errichten!“

Die Sozialdemokratie lehnt weiterhin die These einer „geteilten Schuld“ kategorisch ab, d.h. den Versuch, die Ursachen für die Katastrophe der Ersten Republik nicht nur bei einer – nämlich der christlichsozial-bürgerlichen – Seite zu sehen. Hätte es zwischen „Rot“ und „Schwarz“ vor 1934 zu einer Versöhnung kommen können? Der ehemalige Verfassungsgerichtshofpräsident Ludwig Adamovich resümiert dazu: „Eine solche Versöhnung hätte aber wohl zur Voraussetzung gehabt, daß einerseits die Regierung eine positive Haltung zur parlamentarischen Demokratie gefunden und andererseits die Sozialdemokratie sich von der Klassenkampfidologie und der sicher überzogenen Forderung einer völligen Trennung von Staat und Kirche distanziert hätte. Aber in den dreißiger Jahren hätten solche Konzessionen offenbar die Aufgabe wesentlicher Elemente des eigenen Selbstverständnisses bedeutet. Der lachende Dritte war der Nationalsozialismus.“

Zeitpunkte

Neues Projekt zum Holocaust-Gedenken in Innsbruck – Innsbruck geht neue Wege zur zeitgemäßen Erinnerungskultur

Am 27. Jänner 2024, dem Internationalen Gedenktag für die Opfer des Holocaust, wurde das neue Projekt „Zeitpunkte“ erstmals öffentlich vorgestellt. Landeshauptmann Anton Mattle, Bürgermeister Georg Willi, Kulturstadträtin Mag. Uschi Schwarzl und Kulturamtsleiterin Dr. Isabelle Brandauer freuen sich über den wertvollen Beitrag zum Gedenken in Innsbruck. Im Vorfeld fand die gemeinsame Kranzniederlegung am ehemaligen „Arbeits-erziehungslager Reichenau“ statt.

„Die Förderung einer lebendigen Erinnerungskultur ist dem Land Tirol ein zentrales Anliegen, denn die kritische Auseinandersetzung mit unserer Geschichte trägt ganz wesentlich zur Weiterentwicklung unserer Gesellschaft bei. Vor allem ist es unsere Aufgabe, dafür zu sensibilisieren, was in der Vergangenheit passiert ist, und damit aktuellen nationalistischen oder diskriminierenden Tendenzen entschieden entgegenzuwirken. Das Projekt Zeitpunkte ist ein gelungenes Beispiel für ein solches Sensibilisieren, gleichzeitig ermöglicht es ein würdiges Gedenken an die Opfer des NS-Regimes. Ich wünsche dem Projekt einen guten Start und viele Interessierte, die sich gemeinsam mit uns auf eine virtuelle Zeitreise begeben“, betonte Landeshauptmann Anton Mattle.

„Wir wollen erinnern – unserer Verantwortung für die Vergangenheit, für die Gegenwart und für die Zukunft bewusst. Dabei ist es wichtig, sich nicht nur an die Gräueltaten zu erinnern, sondern auch an die Men-

sch. Nicht nur an ihren Tod, sondern auch an ihr Leben. Nicht als Nummern, sondern mit Namen, mit Adresse, mit Identität, mit Geschichte. Und nicht separiert, im Museum, im Archiv, abgeschoben an den Rand der Stadt, nicht auf einzelne Gedenktage beschränkt, sondern alltäglich und mitten in der Stadt. Das verbirgt sich hinter dem Projekt Zeitpunkte“, führte Innsbrucks Bürgermeister Georg Willi aus.

„Die Zeitpunkte als ganz konkret verortetes Erinnern an ganz konkrete Menschen, die Opfer des nationalsozialistischen Terrors wurden, sind auch Zeichen der Übernahme von Verantwortung. Unserer historischen, aber auch unserer gegenwärtigen Verantwortung. Denn aktuelle Entwicklungen machen das ‚Nie wieder‘ wichtiger denn je“, so Kulturstadträtin Uschi Schwarzl zur Enthüllung der Zeitpunkte.

„Insbesondere in der heutigen Zeit ist es essenziell, dass die Gesellschaft ein deutliches Zeichen gegen Terror und politischen Extremismus setzt. Mit den Innsbrucker Zeitpunkten ermöglicht die Landeshauptstadt ein personalisiertes und vor allem würdiges Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus“, erklärte Kulturamtsleiterin Isabelle Brandauer.

Projekt Zeitpunkte

Eine handgeformte Bronzescheibe von rund acht Zentimetern Durchmesser und drei Zentimetern Stärke wird in unmittelbarer Nähe des letzten frei gewählten Wohnorts der Opfer der NS-Diktatur montiert. Auf jeweils einer der kreisrunden Plaketten – den Zeitpunkten – steht der Name des einzelnen Menschen. Die Beschriftung ist graviert und versiegelt.

Begleitet wird das Gedenkzeichen von einem QR-Code, der

Foto: IKW/Bär



Laternen gegenüber Defreggerstraße

auf die Website www.zeitpunkte.at verweist, wo umfangreiche weitere Informationen zu den jeweiligen Biografien und Standorten mehrsprachig abgerufen werden können. Die Zeitpunkte können an Lichtmasten oder auf eigens errichteten Pollern befestigt werden.

„Berührt die Sonne die Zeitpunkte, zeigt sich das flüchtige Nachleuchten eines ausgelöschten Lebens“, erklärte Mag. Stefan Amann von Proxi Design, der das Projekt entwickelt hat. „Die Zeitpunkte sollen in erster Linie eine empathische Verbindung zwischen den Menschen schaffen, denen damals und denen heute.“

Eine Besonderheit des Projekts Zeitpunkte ist, dass neue Erinnerungszeichen ausschließlich auf Antrag und Erstrecherche aus der Zivilgesellschaft errichtet werden. Nach der pri-

vaten Recherche zur Biographie des Opfers erfolgt ein Antrag an das Kulturamt. Eine Fachgruppe, bestehend aus je einer Person aus dem Stadtarchiv/Stadtmuseum, der Israelitischen Kultusgemeinde und vom Institut für Zeitgeschichte der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, überprüft die Einreichung auf ihre inhaltliche Qualität, historische Richtigkeit und entscheidet über die Anbringung. Die Innsbrucker Kommunalbetriebe AG übernimmt die Montage und Wartung kostenfrei, die Herstellungskosten von € 250 werden von der Stadt Innsbruck gemeinsam mit den einreichenden Personen getragen.

Die ersten zwölf Innsbrucker Zeitpunkte sind bereits an neun verschiedenen Orten im Stadtgebiet montiert. Diese wurden in Zusammenarbeit mit der Plattform www.erinnern.at erstellt

und von der Stadt Innsbruck finanziert. Drei der ersten Zeitpunkte, die am 27. Jänner 2024 offiziell enthüllt wurden, befinden sich in der Defreggerstraße 12 und sind Wolf Meier Turteltaub, Amalie Turteltaub und Gitta Scharf gewidmet. Ein Überblick zu allen Zeitpunkten der Stadt Innsbruck findet sich auf www.zeitpunkte.at.

Familie Turteltaub

Wolf Meier Turteltaub und seine Frau Amalie Wolfart stammten aus dem österreichischen Teil Galiziens. Über Wien und Salzburg kamen sie 1905 nach Innsbruck, wo sie ab dem Jahr 1911 mit ihren fünf Kindern Edmund, Eva, Anna, Ella und Fritz im ersten Stock der Defreggerstraße 12 lebten und im Erdgeschoß ein Gemischtwarengeschäft betrieben. Im Zuge des Novemberpogroms 1938 wurde Wolf Meier Turteltaub in seiner Wohnung brutal attackiert und an den Füßen über die Treppe des Wohnhauses gezerrt. Gemeinsam mit seinem Sohn Fritz, seinem Enkel Aldo Alloggi und seinem Schwager Julius Schragger wurde Wolf Meier Turteltaub tagelang im damaligen Hauptquartier der Gestapo in der Bienerstraße 8 inhaftiert. Sein Betrieb „Warenkredithaus Fortuna“ wurde enteignet, alle jüdischen Innsbrucker mussten nach Wien übersiedeln. Von dort wurden Wolf Meier und Amalie Turteltaub im Jahr 1942 gemeinsam mit ihrer zehnjährigen Enkelin Gitta Scharf nach Riga deportiert und ermordet.

Hintergrund

Debatten über den richtigen Umgang mit dem Gedenken an die Opfer der NS-Diktatur im Zuge des Holocaust wurden über die Jahre immer wieder geführt. Mehrere Ansätze, wie die „Stolpersteine“ des deutschen Künstlers Gunter Demnig, riefen Kontroversen hervor. Auch in Innsbruck wurden diese Debatten

geführt, insbesondere im Zusammenhang mit dem Gedenken an die Opfer des Lagers Reichenau.

„Vergangene und aktuelle erinnerungspolitische Projekte in Innsbruck oder andernorts zeigen, dass es für das Gedenken keine einfachen Lösungen gibt“, erklärte Dr. Ingrid Böhler (Institut für Zeitgeschichte, LFU): „Opfer sollen geehrt und dem Vergessen entrissen werden, das Bedürfnis nach Information und Aufklärung soll befriedigt werden, Barrierefreiheit und andere praktische Anforderungen gilt es zu erfüllen – es müssen also ganz verschiedene Ansprüche unter einen Hut gebracht und dafür ästhetische Antworten gefunden werden. Den konkreten Projekten vorgelegt sind aber die öffentlichen und politischen Dimensionen von Erinnerung und Gedenken. Welche Projekte überhaupt angepackt werden, hängt von politischen Konstellationen, aber genauso vom Engagement einzelner Akteure und Akteurinnen ab; situative Dynamiken können plötzlich und unvorhergesehen zu breit geführten Diskussionen führen und nicht zuletzt konfrontieren neue Fragen der Gegenwartsgesellschaft an die Vergangenheit die Erinnerungskultur immer wieder mit neuen Herausforderungen. Dass es dabei zu Meinungsverschiedenheiten und Konflikten kommen kann, liegt irgendwie in der Natur der Sache.“

Der Kulturausschuss der Stadt Innsbruck beauftragte im Jahr 2022 das Stadtarchiv/Stadtmuseum, in Zusammenarbeit mit der Israelitischen Kultusgemeinde und dem Institut für Zeitgeschichte eine respektvolle und zeitgemäße Herangehensweise auszuarbeiten. Als Ergebnis wurde ein zweistufiger internationaler Wettbewerb in Begleitung einer Sach- und Fachjury unter dem Vorsitz von Kurt Dornig und unter Moderation der

Initiative WEI SRAUM. – Designforum Tyrol initiiert. Aus diesem Prozess ging das Konzept „Zeitpunkte“ der Firma Proxi Design einstimmig als Sieger hervor. Nach Vorstellung des Projekts im Kulturausschuss empfahl dieser einstimmig die Umsetzung. Die Gesamtkosten des Projekts wurden mit 100.000 Euro veranschlagt.

Gedenken am Lager Reichenau

Im Vorfeld der Präsentation „Zeitpunkte“ fand die zweite gemeinsame Kranzniederlegung der Stadt Innsbruck mit der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich und dem Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen am Mahnmahl für die Opfer des Lagers Reichenau (Roßbaugasse 4) statt. Seit dem Jahr 2023 ist die Stadt Mitorganisatorin der Gedenkveranstaltung, in den Jahren zuvor wurde diese von den beiden Verbänden gemeinsam organisiert.

„Kranzniederlegungen sind wichtig für das Gedenken, aber sie erreichen oft nicht mehr die Herzen der Menschen. Dafür brauchen wir Persönlichkeiten und Organisationen, die unter anderem durch die Schilderung von Einzelschicksalen die schrecklichen Verbrechen des NSRegimes den Menschen näher bringen. Daher ist die Arbeit, die Organisationen wie die Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen und die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten leisten, von unschätzbarem Wert. Sie sind lebendige Bollwerke gegen das Vergessen. Erinnerungskultur muss auch in der politischen Bildung einen größeren Stellenwert einnehmen. ‚Nie wieder‘ hat durch Putins Angriffskrieg leider eine neue Bedeutung bekommen. Es zeigt, dass auch in unserer Zeit Demokratie und Menschenrechte

durch totalitäre Regime ständig bedroht sind und wir diese Werte jeden Tag aufs Neue verteidigen müssen“, erinnerte der damalige Staatssekretär Florian Tursky, MSc, MBA für die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich an die wichtige Rolle der Opferverbände.

„Wir sind nicht schuld an dem, was passiert ist, doch unsere Schuld wird doppelt sein, sollte es wieder passieren. Die moralische Pflicht, die auf uns liegt, erfüllt sich deswegen eben nicht nur im Erinnern, sondern beinhaltet auch die Pflicht, das Wiedererstarken dieser Ideologie und des Hasses zu verhindern“, betonte der stellvertretende Vorsitzende der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen, Mag. Wolfgang Grünzweig.

Die Stadt Innsbruck fördert die Aufarbeitung und zeitgemäße Gedenkkultur auch in Bezug auf das „Arbeitserziehungslager Reichenau“. Im vergangenen Jahr wurde dazu der umfassende Bericht einer Expertenkommission veröffentlicht, seither liegen die Namen und biografischen Details von mindestens 112 Menschen, die dort ermordet wurden, vor. Auf Basis des Forschungsberichts der Kommission wurde vom Innsbrucker Gemeinderat einstimmig beschlossen, dass an der innseitig gelegenen städtischen Grünfläche in der Nähe des bestehenden Denkmals eine neue, zeitgemäße und den Opfern würdige Gedenkstätte entstehen soll. ■

Weitere Informationen zum Projekt Zeitpunkte finden sich unter www.zeitpunkte.at sowie www.innsbruck.gv.at/zeitpunkte.

Quelle: Pressemeldung des Stadtmagistrats Innsbruck, Abteilung V, Nr. 25 vom 27.01.2024, überarbeitet MS

SIMON WIESENTHAL

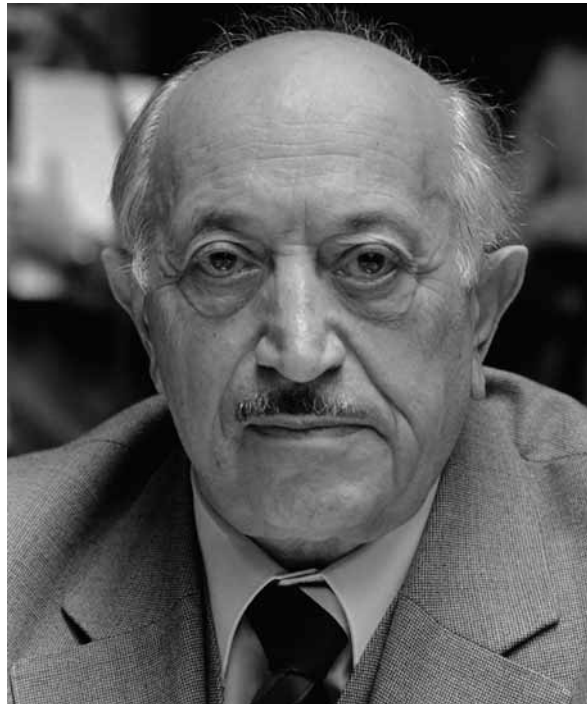
Kämpfer gegen NS-Verbrecher

Vor 115 Jahren wurde Simon Wiesenthal geboren

Vor 115 Jahren, am 31. Dezember 1908, wurde im altösterreichischen, heute ukrainischen Städtchen Butschatsch Simon Wiesenthal geboren. Simon Wiesenthal war eine der bedeutenden Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts.

Die Familie Wiesenthal floh nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 vor den zaristischen Truppen nach Wien, wo Simon die Volksschule besuchte. Nach dem Krieg fiel Butschatsch an die Republik Polen. Dort absolvierte er das Gymnasium, um anschließend in Prag Architektur zu studieren. Ab 1932 lebte er in Lwów (Lwiw, Lemberg). Dieses wurde 1939, gemäß dem Hitler-Stalin-Pakt, sowjetisch besetzt. Anfangs wurde er von den neuen Machthabern schlecht behandelt, konnte sich dann aber etablieren. Die große Zäsur brachte der Überfall der Naziwehrmacht am 22. Juni 1941. 170.000 Jüdinnen und Juden lebten damals noch in der Stadt – nach der Befreiung vom Naziterror sollten es nur mehr 3.400 sein. Dank menschlicher deutscher Vorgesetzter überlebte Wiesenthal die Zwangsarbeit 1941–1943 in Lemberg. Im September 1943 floh er aus der Zwangsarbeit, versteckte sich, wurde jedoch am 13. Juni 1944 verhaftet. Es folgte die Verschleppung in Konzentrationslager in Krakau, Groß-Rosen und von Mitte Februar 1945 bis zu seiner Befreiung nach Mauthausen (in Auschwitz war er nie). Simon Wiesenthal ist dem Tod nur knapp entronnen.

Schon bald nach der Befreiung wurde er für einen US-



© National Archives of the Netherlands / Wikipedia

Geheimdienst tätig und wirkte unter anderem 1947 an der Verhaftung Franz Murers, des »Schlächters von Wilna«, mit. Bis Ende 1952 durfte er an die 200 NS-Kriegsverbrecher ausfindig gemacht und vor Gericht gebracht haben. Wiesenthal war auch in der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) Linz, wo er bis zur Übersiedlung nach Wien wohnte, tätig und wurde 1957 zu deren Vizepräsidenten gewählt. Simon Wiesenthal war Zeit seines Lebens ein Konservativer. In den 1960er-Jahren war die IKG Wien sozialistisch (sozialdemokratisch) dominiert. 1963 kandidierte Wiesenthal mit einer eigenen Liste bei der Wahl der IKG Wien, blieb damit aber in der Minderheit. Er lag im Clinch mit der IKG Wien.

Einer seiner größten Fahnungserfolge war die Ausforschung (1964) und Auslieferung (1967) von Franz Stangl, ehemaliger Kommandant der Ver-

nehmungsorte Sobibor und Treblinka, aus Brasilien. Nach der Verurteilung zu lebenslanger Haft starb Stangl bald an Herzversagen in der Haft.

Darf man dem Biografen Tom Segev glauben, dann griff SPÖ-Bundeskanzler Bruno Kreisky Wiesenthal wegen seiner Methoden an, die er nicht guthieß. Wiesenthal griff seinerseits Kreisky an, weil dieser ehemalige NSDAP-Mitglieder in seine Regierung aufnahm und – nach Meinung Wiesenthals – Israel nicht unterstützte. Dazu muss man wissen, dass Wiesenthal zuvor zur NS-Vergangenheit von ÖVP-Ministern öffentlich geschwiegen hatte. Vor der Nationalratswahl 1975 schrieb Wiesenthal an jüdische Freunde: »Kreisky ist Verräter der jüdischen Nation und der Demokratie«. Auch hatte er ein Dossier über den FPÖ-Obmann Friedrich Peter und dessen Rolle in der SS

vorbereitet. Damit wollte er an die Öffentlichkeit gehen, falls die SPÖ die absolute Mehrheit verliert, um eine Koalition von SPÖ und FPÖ zu verhindern.

Tom Segev schreibt, Wiesenthal ging nur dann an die Öffentlichkeit, wenn er Beweise für Verbrechen hatte. Die hatte er bei Friedrich Peter nicht. Ging er wegen Bruno Kreisky an die Öffentlichkeit? Auch in der Affäre Kurt Waldheim 1986 hat sich Simon Wiesenthal lange zurückgehalten – was ihm schwere Kritik des World Jewish Congress eintrug. Die Unterstützung Kurt Waldheims könnte Simon Wiesenthal die Verleihung des Friedensnobelpreises gekostet haben. Diesen erhielt der Auschwitz- und Buchenwald-Überlebende Elie Wiesel 1986 – Simon Wiesenthal machte sich Hoffnungen darauf. Simon Wiesenthal starb nach einem arbeitsreichen Leben am 20. September 2005 in Wien und wurde auf seinen Wunsch in Herzlia in Israel begraben.

1977 wurde das nach ihm benannte Simon Wiesenthal Center mit Hauptsitz in Los Angeles gegründet. 1995 wurde er Ehrenbürger der Stadt Wien. Seit 1996 ist eine Gasse in Wien nach ihm benannt, seit 2022 wird in Österreich der Simon-Wiesenthal-Preis für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Antisemitismus vergeben.

Gerald Netzl ■

(Obmann des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer; übernommen aus der Dezember Ausgabe der Zeitschrift „Der Sozialdemokratische Kämpfer“)

P. Johann Schwingshackl SJ (1887-1945)

- kein stummer Hund

Der Südtiroler aus einer kinderreichen Bauernfamilie Johann Schwingshackl wurde am 4. Mai 1887 in Welsberg im Pustertal geboren. Sein Wunsch, Priester zu werden und eine entsprechende Schullaufbahn einzuschlagen, wurde ihm vorerst verwehrt. Bis in ein Alter von 24 Jahren arbeitete er als Bauernknecht, ehe er ein Studium am Brixener Staatsgymnasium beginnen konnte. Mit 27 Jahren erlebte er den Ausbruch des I. Weltkriegs und wurde zum Militärdienst eingezogen. Schon im September 1914 wurde er bei einem Gefecht an der Ostfront schwer verwundet und geriet in russische Gefangenschaft. Dort zog er sich eine Lungeninfektion und eine Typhuserkrankung zu. Erst 1918 kehrte er in seine Heimat zurück. Noch im selben Jahr gelang es Schwingshackl, die Reifeprüfung abzulegen, sodass er bereits am 14. Jänner 1919 mit dem Noviziat bei den Jesuiten in St. Andrä beginnen konnte. Seines fortgeschrittenen Alters wegen wurde er schon 1920 zum Studium der Philosophie nach Innsbruck geschickt. Seine Russischkenntnisse veranlassten die Oberen, ihn 1922 zum Weiterstudium nach Krakau zu versetzen. Aus gesundheitlichen Gründen wurde daraus allerdings nicht viel. Er kehrte ins Theologiestudium nach Innsbruck zurück, wo er am 27. Juli 1924 zum Priester geweiht wurde.

1926 machten sich Spätfolgen der Kriegsgefangenschaft bemerkbar. Zur Genesung von schwerer Lungenerkrankung wurde er erst in seine Heimat Südtirol geschickt und dann weiter zu einem Aufenthalt in der Schweiz veranlasst. 1928 kam er

im Innsbrucker Canisianum als Präfekt der Konviktooren zum Einsatz, wo ihm im Jahr darauf auch das Amt des Ministers übertragen wurde. Dort fand er auch mit Ablegung der Letzten Gelübde am 2. Februar 1930 die endgültige Aufnahme in den Orden. Zur Jahresmitte wurde beauftragt, in St. Andrä dem Novizenmeister P. Josef Drexel SJ als Socius zu helfen. 1931-33 wurde ihm die Aufgabe des Novizenmeisters anvertraut. Dann wurde seinem Wunsch, als Volksmissionar eingesetzt zu werden, nachgegeben. Sein Ausgangspunkt für die Missionen war das Jesuitenkolleg in der Innsbrucker Sillgasse. 1936 wurde ihm in Straßhof an der Nordbahn für 2 Jahre die Aufgabe des Novizenmeisters für den männlichen Zweig der neuen

Foto: Ökumenisches Heiligenlexikon



Ordensgemeinschaft „Maria, Königin der Apostel“ übertragen.

Schon vor dem Anschluss Österreichs an Nazi-Deutschland versuchte er, sich im Rahmen

seiner pastoralen Tätigkeit der NS-Ideologie zu widersetzen. Er entwarf einen Strategieplan, wie sich Kirche und Jesuitenorden bei der Volksabstimmung im März 1938 verhalten sollten. Darin stellte er fest: *„Was der Nationalsozialismus tut, ist regelrechte und ganz ungerechte Verfolgung der Kirche. Da das System kirchenfeindlich ist, sind wir verpflichtet einzugreifen, ganz gleich, ob das Aussicht auf Erfolg hat oder nicht, wie zur Zeit der Christenverfolgung. Wenn wir also eingreifen müssen, ist kein Augenblick zu verlieren, keine Verfolgung zu scheuen. Schweigen und Weichen ist Unterstützung.“*

In Straßhof wurde P. Schwingshackl erstmals angezeigt, weil er einem Novizen die Aufstellung eines Hitlerbildes verweigerte. Die Oberen zogen ihn daraufhin ab und setzten ihn in der Seelsorge an der Kirche St. Martin in Wien-Währing ein. Auch dort kann er wegen seiner kritischen Predigten nicht lange bleiben und wirkt dann als Beichtvater in der Canisiuskirche, Wien 9. Beispielhaft für sein Predigen äußerte er am Fest



► Mariä Empfängnis 1940: „In unserer Zeit gleicht die ganze Welt wirklich einem Schiffbrüchigen, der aufruderlosem Kahn durch die Wogen hindurchgetrieben wird. Wie wenig Glaube, verkehrte Sitten, Familienzerstörung und Hass geht durch die Welt. Das ist die Not, in der die Welt steht, dass man es schier nicht tragen kann. In dieser Welt stehen wir und diese Welt haben wir mitzuverantworten.“ Im Oktober 1941 wurde er nach Steyr versetzt, 1942 kam er ins Kurheim St. Raphael in Bad Schallerbach. Sein Ruf dürfte ihm vorausgeeilt sein. Mehrmals wurde er von Gestapo-Beamten verhört und Ende 1943 mit Jugendverbot belegt. In seinem Bericht vom 18. Dezember 1943 an den Provinzial (der ihn zur Mäßigung seiner Kritik aufforderte) bat er ums Gebet, „dass ich recht handle, dass ich zwar nie unklug sein möge, aber ja nie feige“.

Wie sehr es P. Schwingshackl ablehnte, sich gegenüber der Ideologie des NS-Staates still zu verhalten, und er im Gegenteil geneigt war, für sein freimütiges Reden auch Verfolgung in Kauf zu nehmen, zeigt seine Äußerung gegenüber dem Innsbrucker Bischof Paulus Rusch. Er sagte

zu ihm: „Man muss heute schon fast ein schlechtes Gewissen haben, wenn man bei diesem Regime noch nicht eingesperrt ist.“

Ein allzu deutlicher Brief an den Provinzial fiel 1943 der Gestapo in die Hände und war Auslöser für sein weiteres Schicksal. Er schrieb darin: „Wir alle erkennen, dass es besonders in Deutschland um Sein oder Nichtsein der katholischen Kirche geht. Wenn die Gegner des Glaubens im Kriege siegen, wird das katholische Leben so radi-

kal ausgerottet werden, wie es in der 2.000-jährigen Geschichte nur etwa unter Decius geschah, und mit so infernaln Mitteln, wie sie nur im Bolschewismus zutage treten.“

Der Ansicht des Gefängnispfarrers, er hätte in der Stille doch noch sehr viel wirken können, hielt er entgegen: „Nein, das genügt nicht. Ich will kein stummer Hund gewesen sein in heutiger Zeit. Den Vorwurf möchte ich später einmal nicht hören, wenn es heißt: Gib Rechenschaft!“

Gedenk- und Befreiungsfeier Mauthausen

„Recht und Gerechtigkeit im Nationalsozialismus“
am 5. Mai 2024 um 11.00 Uhr

Die Gedenk- und Befreiungsfeiern in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen und an Orten der ehemaligen Außenlager werden seit 1946 von den Überlebenden bzw. deren Verbänden organisiert und durchgeführt.

Auch dieses Jahr beginnt die Internationale Befreiungsfeier mit einem Gedenkzug. Nach der Kranzniederlegung werden die Teilnehmer eingeladen, an der gemeinsamen Befreiungsfeier am ehemaligen Appellplatz teilzunehmen.

Die Feier wird von den Schauspielerinnen Mercedes Echerer und Konstanze Breibner mehrsprachig begleitet, von ORF III österreichweit übertragen und auf den Online Kanälen des MKÖ international und mehrsprachig gestreamt.

Für Vertreter der ARGE sind Sitzplätze vorgesehen, es besteht eine Autobus-Mitfahrgelegenheit.

Am 18. Februar 1944 wurde P. Schwingshackl in Bad Schallerbach verhaftet und nach Linz ins Polizeigefängnis gebracht. Die Anklage vor dem Volksgerichtshof in Salzburg warf ihm „Wehrkraftzerstörung und Feindbegünstigung“ vor. „Durch diese Zersetzung unserer Kampfkraft hat er sich zum Büttel unserer Kriegsfeinde gemacht. Für immer ehrlos wird er dafür mit dem Tode bestraft.“ So lautete das Gerichtsurteil der Hauptverhandlung am 16. Dezember 1944. Zur Vollstreckung des Urteils wurde er nach München gebracht. Jedoch starb er noch vor der Hinrichtung in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1945 unter nicht restlos aufgeklärten Umständen in einer Zelle des Krankentrakts des Gefängnisses München-Stadelheim.

Mit den beiden hingerichteten Mitbrüdern P. Johann Steinmayr SJ und P. Alois Grimm SJ wird auch P. Schwingshackl auf je einer Gedenktafel in den Jesuitenkirchen Wien I und Innsbruck ehrenvoll gedacht.

P. Michael Zacherl SJ ■
(erstmal erschienen im „Altkalksburger Magazin“, überarbeitet MS)

Offenlegung

Medieninhaber: ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich (Kuratorium) **Vereinsgegenstand:** Zweck des Vereines ist insbesondere auch die Pflege und Festigung der Kameradschaft aller, die für Österreichs Freiheit gekämpft oder im Kampf gegen den Nationalsozialismus Leid und Verfolgung erlitten haben, die Pflege der pietätvollen Erinnerung an Kameraden, die für Österreich ihr Leben hingegeben haben, sowie Kampf gegen jede Diktatur, Klassen- und Rassenhass für Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Menschenwürde und Bekenntnis zu Österreichs Unabhängigkeit und seiner historischen Stellung in Europa. Der Verein ist ein der ÖVP nahestehender Verband (§ 1 Abs. 3 der Statuten). Er vertritt die Interessen seiner Mitglieder bei Behörden und anderen Organisationen, nimmt Einfluss auf legislative und soziale Maßnahmen für die Opfer des NS-Regimes, unterstützt deren Ansprüche und informiert nachfolgende Generationen. Der Verein nominiert weiters gem. § 17 Abs. 2 des Opferfürsorgegesetzes (OFG) BGBl 185/1947, idgF Vertreter in die beim Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz bestehende Opferfürsorgekommission, seine Landesverbände gem. § 11 c) OFG Mitglieder in die bei dem jeweiligen Amt der Landesregierung gebildete Rentenkommission. **Dem Vorstand gehören an:** Obmann Dr. Norbert Kastelic, Obleute-Stv. Matthias Denifl, Gabriele Wagner und Mag. Wolfgang Schwarz, Schriftführer RA Mag. Dr. Marcus Zimmerbauer, Kassier Mag. Franz Stabler. **Grundlegende Aufgabe der Zeitschrift** ist neben dem Bericht über die Aktivitäten des Vereines die Weitergabe von Information an die Öffentlichkeit und vor allem an die jüngere Generation über beweiskräftige Tatsachenberichte, sowie Beistellung von Akten, Dokumenten und sonstigen stichhaltigen Unterlagen, die geeignet sind, den großen Anteil Österreichs am Befreiungskampf Europas unwiderleglich zu erweisen.

Impressum:



Medieninhaber und Herausgeber:
Kuratorium der ÖVP Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich, 1080 Wien, Laudongasse 16
Tel: 01/406 11 44, Fax: 01/401 43350
Schriftleitung: Dr. Mario Strigl (MS)
Mitarbeit: Dr. Norbert Kastelic (NK)
Fotos: Strigl, Ulrike Garscha, IKM/Bär, Ökumenisches Heiligenlexikon, National Archives of the Netherlands / Wikipedia, IMAGO/ Andreas Stroh, ÖVP Kameradschaft, tarantel-wien, ÖNB Bildarchiv
Satz/Umbruch: Tanja Pichler, Wien
Druck: druck.at

www.oevp-kameradschaft.at
office@oevp-kameradschaft.at